

Bisher 1460 iPads und 400 Notebooks an Schüler verliehen
Stadt hofft auf 5000 weitere Geräte / Schulausschuss billigt Neubau für Maaßschule

Von Anke Hollingshaus

WIESBADEN. Grund zur Freude für die Johannes-Maaß-Schule. Der Schulausschuss hat in seiner jüngsten Sitzung eine Vorlage beschlossen, der für den zweiten Bauabschnitt und die Turnhalle der Schule 27 Millionen Euro vorsieht. Das Hauptgebäude war 2014 neu erbaut worden, nun sollen weitere Räume für einen vierzügigen Betrieb und eine Turnhalle gebaut werden. Die Stadt setzt da wieder auf das Miet-Modell. Die städtische WiBau baut und hält instand, die Stadt mietet für 30 Jahre.

Bei der Sitzung, die, um die nötigen Abstände einzuhalten, im Festsaal des Rathauses stattfand, ging es vor allem um das Thema Digitalisierung, das wegen der Corona-Krise einen noch viel höheren Stellenwert für Bildung hat.

Auf Antrag der FDP-Fraktion präsentierte der Schulamtsleiter Kay Römer, wie Wiesbaden vom Digitalisierungspakt profitiert. Von den etwa 21 Millionen Euro, die die Stadt bekommt, habe man 18,6 bereits beantragt („damit liegen wir in Hessen an der Spitze“, 3,4 Millionen habe man bereits erhalten.

In der Corona-Zeit hat man 1300 iPads und 400 Notebooks aus Schulen an Familien verliehen, die keine eigenen digitalen Endgeräte haben, außerdem weitere 160 iPads vom Medienzentrum ausgegeben. „Wir hoffen auf weitere 5000 Geräte“, sagte Römer. Über die Schulen werde ermittelt, wer Bedarf habe, berichtete der Schuldezernent Axel Imholz (SPD). Auch die Fortbildung von Lehrkräften in puncto Digitalisierung laufe intensiv, sagte Römer. Allein in diesem Monat gibt es im Medienzentrum 60 solcher Veranstaltungen.

Linke/Piraten warnen vor WLAN-Strahlung

Der Support, also die technische Unterstützung für Zuhause, „ist eine große Herausforderung“, sagte Imholz. Dafür seien nämlich im Digitalisierungspakt bisher keine Mittel vorgesehen. Es gäbe aber inzwischen Bewegung. Hartmut Bohrer (Linke-Piraten) brachte das Thema Digitalisierung und Gesundheitsschutz in die Sitzung ein. Er plädiert für „weniger belastende“ Alternativen zu WLAN an Schulen. Es gäbe nennenswerte Studien, die in der dauerhaften Strahlenbelastung ein Problem sähen, erklärte Bohrer. Der Schuldezernent Imholz verwies auf die bestehenden Regelungen, an denen man sich orientiere. „Wir basteln uns keine eigenen Grenzwerte“, sagte er.

Den Bericht über die Verteilkonferenzen für die weiterführenden Schulen (wir berichteten) nahm der Ausschuss zur Kenntnis. Ebenso hörte er vom künftigen stellvertretenden Leiter der neuen Elisabeth-Selbert-Schule in der Stegerwaldstraße, Matthias Oppermann, welche Schwerpunkte das neue Gymnasium setzen will. Diese sind, wie berichtet, Medienbildung, fächerübergreifendes Lernen und Nachhaltigkeit.